Unterausschuss "Medien" des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(13. - öffentliche - Sitzung am 28. November 2018)

Beratungsthemen:

1. Für eine digitale Radiozukunft

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1955

Der Unterausschuss nahm zunächst eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Sodann führte der Unterausschuss zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- TU Braunschweig, Institut für Nachrichtentechnik
- Norddeutscher Rundfunk, Produktionsdirektion
- Deutschlandradio
- Niedersächsische Landesmedienanstalt
- --Antenne Niedersachsen
- Radio 21
- Radio ffn
- Unternehmerverbände Niedersachsen
- 2. Beschlussfassung über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur möglichen Gefährdung von Journalist*innen bei der Berufsausübung durch den neu geplanten § 32 a im niedersächsischen Polizeigesetz

Der Unterausschuss beschloss, sich vor der Verabschiedung des niedersächsischen Polizeigesetzes durch die Landesregierung zu dem o. g. Thema unterrichten zu lassen.

3. Beschlussfassung über einen Besuch der Internationalen Funkausstellung 2019

Der Unterausschuss beschloss, die Internationale Funkausstellung am 6. September 2019 zu besuchen.